



Saarbrücken, den 24.05.2019

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Saarländischer Städte- und Gemeindefesttag: Finanzielle Zusagen des Bundeskabinetts für das Saarland beim Kohleausstieg erster Schritt in die richtige Richtung**

Für den Saarländischen Städte- und Gemeindefesttag stellen die finanziellen Zusagen in Höhe von bis zu 1 Milliarde Euro für die vom Ausstieg aus der Kohle-Verstromung betroffenen Regionen mit Steinkohlenkraftwerken, die am Mittwoch seitens des Bundeskabinetts beschlossen wurden, einen ersten, wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar.

Nach Auffassung des Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindefesttages, Oberbürgermeister Jürgen Fried, Neunkirchen und des stellvertretenden Präsidenten, Bürgermeister Hermann Josef Schmidt, Tholey, ist es auch dem Engagement der saarländischen Kommunalpolitiker zu verdanken, dass in der letztlich vom Kabinett verabschiedeten Endfassung des Eckpunktepapiers die Regionen mit Steinkohlekraftwerkstandorten einen höheren Betrag erhalten als dies ursprünglich vorgesehen war.

„Der gemeinsame Protest aller saarländischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie aller Landräte im April dieses Jahres in Berlin hat zu dem jetzt erzielten Ergebnis mit beigetragen“, so Fried und Schmidt. „Gleichwohl bleibt aber festzuhalten, dass die Braunkohlereviere immer noch einen deutlich höheren Betrag für den Strukturwandel erhalten als die ehemaligen Steinkohlereviere. Die saarländischen Städte und Gemeinden werden sich daher auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund die Steinkohlereviere in angemessener Weise bei den Strukturmaßnahmen unterstützt und hierfür auch mehr Mittel bereitstellt als bisher vorgesehen“.

Im Hinblick auf die jetzt zugesicherte 1 Milliarde Euro für die Regionen mit Steinkohlekraftwerksstandorten bleibe abzuwarten, wie hoch der Anteil des Saarlandes an diesen Mitteln sein wird und durch welche konkreten Maßnahmen die saarländischen Kommunen vor Ort profitieren werden. Nach Auffassung von Fried und Schmidt bestehen daher auch nach der jetzt im Bundeskabinett gefundenen Lösung noch weiterhin offene Fragen.